

Sicherheitspolitik im Kaukasus – Perspektiven für das 21. Jahrhundert

Mit dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan im Jahr 1989 begann für das zentralasiatische Land eine neue krisenhafte Entwicklung, die von der internationalen Politik als „lokal“ und damit als begrenzt eingestuft wurde. Als Folge dieses konsequenten „Wegsehens“ übernahmen sieben Jahre später die Taliban die Herrschaft in Afghanistan. Direkt betroffen von dieser Machtergreifung schienen lange Zeit nur die unmittelbaren Nachbarstaaten zu sein. Dabei wurde nicht bedacht, dass regionale Krisen – wie der Nahost-Konflikt nun schon seit Jahrzehnten zeigt – durchaus weltweite Auswirkungen implizieren können. Es musste sich erst eine Tragödie wie der 11. September ereignen, um die internationale Staatengemeinschaft zum Eingreifen zu bewegen: Der Anti-Terror-Allianz gelang es, eine wichtige Konfliktursache, die Herrschaft der Taliban, zu beenden und die Terroristen des El-Quaida-Netzwerkes einer wichtigen Basis zu berauben.

Auch eine andere Region – am Rande Europas gelegen – ist seit mehr als zehn Jahren sich selbst überlassen. Es handelt sich um den Kaukasus. Hier ist es primär die Aufgabe der Europäer, sich präventiv einzuschalten. Die militärischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan, zuletzt der Krieg zwischen der NATO und Rest-Jugoslawien, dann die Terroranschläge vom 11. September in den USA und der Afghanistan-Krieg haben den Kaukasus noch weiter in den Hintergrund treten lassen. Selbst der russisch-tschechische Krieg lenkte das Interesse der Öf-

Ein europäisches Randgebiet, wie der Kaukasus, mit seinen zahlreichen ungelösten Konflikten darf nicht im Schatten des Afghanistan-Krieges vergessen werden. Hier kreuzen sich die Interessen der USA und Russlands, des Irans und der Türkei, die jeweils direkt oder indirekt in die Auseinandersetzungen involviert sind. Während UNO und OSZE, aber auch die EU eine Beilegung der Konflikte in der Region befürworten und die USA und die NATO die Beitrittswünsche von Georgien und Aserbaidschan entgegennehmen, um „den Terrorismus zu bekämpfen“, bleibt die Frage offen, wie das Unruhepotenzial des Krisenherds Kaukasus dauerhaft eingedämmt werden kann.

fentlichkeit nicht auf die gesamte Kaukasus-Region. Vielmehr standen die russischen Militäraktionen und die konkreten Menschenrechtsverletzungen im Mittelpunkt. Der Frage, ob möglicherweise Gefahren für Europa von dieser Region ausgehen könnten, wird kaum nachgespürt.

■ **Der Krisenherd Kaukasus destabilisiert Europa**

Der „Krisenregion Kaukasus“ ist immer dann die Aufmerksamkeit der Medien sicher, wenn ein Krieg tobt. Ungeachtet dieser medialen Präsenz wird die europäische Öffentlichkeit jedoch äußerst selektiv und unzureichend über die tatsächlichen Vorgänge im Kaukasus informiert. Sind wieder einmal Kämpfe ausgebrochen, beispielsweise in Berg-Karabach oder in Abchasien, werden dem Bürger die Ursachen des Gewaltausbruchs erklärt. Nach der Einstellung der Kampfhandlungen verschwindet das Thema zumeist schnell wieder aus den Schlagzeilen. Außerdem findet eine regelmäßige Berichterstattung über die Ölvorkommen im Kaspischen Raum statt. Darüber hinausgehende Informationen über die Region, die ein Teil Europas ist und sich als solcher empfindet, sind für den durchschnittlich interessierten Bürger nur schwer zu finden.

Dessen ungeachtet wird der Nordkaukasus auf Jahrzehnte eine instabile Region bleiben, während Russland langsam die Kontrolle entgleitet. Steht Russland vor einem „ewigen“ Krieg im Kaukasus? Nach der Niederlage im Tschetschenien-Krieg (1996) sah es zunächst so aus, als ob Moskau diese Region sich selbst überlassen wollte. Dann griffen jedoch im Juli und August 1999 islamische Fundamentalisten die russische Provinz Dagestan an und provozieren damit einen neuen Krieg. Auch wenn Tschetschenien zurzeit besiegt ist, die Tschetschenen sind es noch längst nicht. Der Krieg wird mit terroristischen Mitteln fortgesetzt, und es ist nicht auszuschließen, dass Tschetschenen terroristische Anschläge auch in Europa planen und durchführen werden. International agierende islamistische Extremistengruppen werden dabei behilflich sein. Enge Kontakte zu anderen Terroristen sind inzwischen nachgewiesen.

Die unabhängigen Staaten des Transkaukasus – Armenien, Aserbaidschan und Georgien – sind ebenfalls

alles andere als Stabilitätsfaktoren. Nahtlos können sich aus der permanenten innenpolitischen Krisensituation Gewaltausbrüche gegenüber dem politischen Gegner entwickeln, wie die zahlreichen terroristischen Anschläge dokumentieren: Zu ihren Opfern gehören der georgische Staatspräsident Eduard Schewardnadse (1995, 1999) ebenso wie sein aserbaid-schanischer Kollege Heidar Aliew. Der armenische Präsident, Lewon Ter-Petrosjan, entging durch seinen frühzeitigen Rücktritt (1998) möglichen Anschlägen. Zuletzt sei an das Blutbad im armenischen Parlament (Oktober 1999) erinnert, das Ministerpräsident Wasgen Sarkisjan und Parlamentspräsident Karen Demirtschjan nicht überlebten. Bei dieser Aufzählung handelt es sich nur um die spektakulärsten Fälle.

Das präsidentiale Regierungssystem, das sich in der Gründungsphase der neuen Republiken als effektiv gegen Krisen erwiesen hat, bedeutet inzwischen eine veritable Belastung für den Demokratisierungsprozess. Die Parlamente wurden de facto den Präsidialämtern in allen drei Ländern unterstellt. Vor allem in Georgien und Armenien resultieren daraus zahlreiche politische Krisen. In Aserbaid-schan wandelte sich das präsidentiale System in eine Quasi-Monarchie: Bereits heute steht der Sohn des amtierenden Staatsoberhauptes als sein Nachfolger fest. Darüber hinaus errichteten den Präsidenten nahe stehende Kreise ein Korruptionssystem, gegen das kein anderes Verfassungsorgan einzuschreiten wagt. In der Folge wurden kleine und mittelständische Betriebe aus der Volkswirtschaft verdrängt zugunsten von Unternehmungen, die von Regierungsmitgliedern geführt werden. Ihr Vorteil: Sie müssen weder Zölle noch Steuern zahlen. Dass Polizei und Geheimdienste ihre Aufgabe darin sehen, die regierende Klasse durch Unterdrückung der politischen Opposition weiter an der Macht zu halten, darf als sicher gelten.

Unter größten Schwierigkeiten behaupten sich in Armenien und in Georgien wenige freie Medien am Markt, in Aserbaid-schan werden sie verfolgt. Besonders kritisch ist die Situation von Bildung und Ausbildung. Inzwischen sind die Republiken hinter den in der Sowjetunion erreichten Stand zurückgefallen, so dass die moderne technische Entwicklung an ihnen vorbeigeht.

Eine weitere Destabilisierung in Georgien und Aserbaidschan ist für den Fall wahrscheinlich, dass sich die betagten Präsidenten Schewardnadse und Aliew aus der Politik zurückziehen. Dabei kann nicht ausgeschlossen werden, dass der innenpolitische Kampf um die Nachfolge zu einem neuen Krieg gegen die in Georgien lebenden Minderheiten (Abchasen, Südosseten, Armenier) führen wird. Damit wäre Russland, das in Abchasien – ausgestattet mit einem Mandat des UN- Sicherheitsrates – „Friedenstiftende Truppen“ stellt, direkt in den Krieg involviert.

In Aserbaidschan muss mit einer Neuauflage des Krieges gegen die in Berg-Karabach lebenden Armenier gerechnet werden, der sich zu einem Krieg gegen die Republik Armenien ausweiten könnte. In diesem Fall liegt es nahe, dass das NATO-Mitglied Türkei Baku militärischen Beistand leistet. Das wiederum würde Russland ins Spiel bringen, das mit Armenien im Jahr 1995 einen militärischen Beistandspakt geschlossen hat.

Das Eintreten dieser Horror-Szenarien kann nur abgewendet werden, wenn bereits heute auf die politischen Eliten in Armenien, Georgien und in Aserbaidschan Druck in Richtung auf mehr Demokratie und mehr Freiheit ausgeübt wird. Denn die beschriebenen Krisensituationen können nur mit funktionierenden demokratischen Institutionen gemeistert werden. Europa muss die Demokratisierung dieser Länder daher viel stärker einfordern und unterstützen als bisher.

Die anhaltende Wirtschaftskrise und die ungelösten Nationalitätenkonflikte (Abchasien, Berg-Karabach, Südossetien u.a.) zwingen die Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Europa ist das primäre Ziel der Flüchtlinge: Fast eine halbe Million „Kaukasier“ hat in den letzten acht Jahren Westeuropa auf illegalen Wegen erreicht. Wie die Statistik zeigt, nehmen die Zahlen stetig zu. An erster Stelle profitiert die organisierte Kriminalität in Gestalt von Schieberbanden und Drogenmafia von dieser Entwicklung. Gleichzeitig werden die Kontakte der Kriminellen in Europa und im Kaukasus mit jedem Jahr intensiver.

Völlig offen ist, wie lange die künstlich am Leben erhaltene Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) bestehen bleibt und welche Konsequenzen ein Zerfall dieser Gemeinschaft für den zerbrechlichen Frieden

im Kaukasus mit sich bringen würde. Voraussetzung für die Gründung der GUS war der Zerfall der UdSSR: Im Dezember 1991 versprachen sich die Präsidenten der GUS-Länder „ewige Freundschaft“. Dennoch befinden sich Armenien und Aserbaidschan weiterhin im Kriegszustand, ungeachtet des Waffenstillstandsabkommens vom Mai 1994. Die Beziehungen zwischen Georgien und Russland sind seit 1993 wegen Abchasien und Südossetien äußerst gespannt – offene Feindseligkeiten eingeschlossen. Schließlich gründeten 1996 fünf der zwölf GUS-Mitglieder einen neuen Bund: GUUAM, bestehend aus Georgien, der Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan und Moldawien. Die beiden Kaukasusrepubliken Georgien und Aserbaidschan gehörten zusammen mit der Ukraine zu den Initiatoren des Bundes, um ihren gemeinsamen „Widerstand“ gegen Russland innerhalb der GUS besser organisieren zu können (s.u.). Zudem verhehlen Georgien und Aserbaidschan nicht, dass sie der NATO beitreten wollen, während Armenien auf einen Kurs enger militärisch-politischer Kooperation mit Russland setzt.

Die Kooperation innerhalb der Region wird durch die Konflikte verhindert. Die Folge ist, dass die traditionellen regionalen Handelsbeziehungen abgerissen sind. Die durchaus zahlreichen Initiativen für einen „friedlichen Kaukasus“ werden stets von einer Konfliktpartei außerhalb der Region (Türkei, USA, Russland) initiiert – und sind allein schon deswegen für die konkurrierenden Akteure nicht akzeptabel.

Wie der Kosovo-Krieg gezeigt hat, bleiben auch in Europa militärische Konflikte um die Rechte nationaler Minderheiten möglich. Dass diese traurige Tatsache nicht nur für den Balkan Gültigkeit hat, zeigt ein Blick auf den Kaukasus mit seinen zahlreichen ungelösten Nationalitätenkonflikten: Streitig ist vor allem der zukünftige völkerrechtliche Status von Tschetschenien (zurzeit Bestandteil der Russischen Föderation), aber auch von Abchasien, Südossetien und Berg-Karabach, die sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berufen. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie sich für unabhängig erklärt haben – gegen den Willen der dominierenden Staatsnation. Verschärft werden diese Konflikte durch die divergierenden Interessen der Anrainerstaaten, wie Russland, die Türkei oder Iran sowie durch die USA. Alle

diese Staaten sind entweder direkt oder indirekt in die Auseinandersetzungen involviert.

Schließlich erschwert der strategische Konflikt zwischen Russland und den USA bzw. der NATO mit ihrem Exponenten Türkei eine dauerhafte Befriedung der Region. Indem die USA die Islamische Republik Iran der „Achse des Bösen“ zuordnen, übertragen sie diesen bilateralen Konflikt auf die transkaukasischen Staaten. Denn Washington zwingt sie, ihre Beziehungen zu Teheran „zu überdenken“. Besonders betroffen von dieser Strategie ist Armenien, das gute nachbarschaftliche Beziehungen zum Iran unterhält. Hinzu kommt die geopolitische Lage des Kaukasus als Brücke zwischen Zentralasien und Europa, die eine Beilegung der regionalen Krisenherde verhindert. Denn die jeweiligen nationalen sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen Russlands, der USA und Chinas werden auch in Zukunft auseinandergehen, so dass diese Staaten versuchen werden, ihre spezifischen Ziele mit ihrem jeweiligen „Verbündeten“ in der Region durchzusetzen.

Die zu beobachtenden Bestrebungen, die Konflikte mit dem Attribut „Glaubenskrieg“ (zwischen Islam und Christentum) zusätzlich zu etikettieren, dürften eine Lösungssuche weiter komplizieren.

Vieles spricht dafür, den Konfliktherd Kaukasus als Dauerthema auf die europäische Agenda zu setzen. Denn Europa hat nicht nur direkte wirtschaftliche Interessen in der Region: Die dortigen Öl- und Gasvorkommen würden zu einer weiteren Diversifizierung der Versorgung mit Primärenergieträgern beitragen. Hinzu kommen sicherheitspolitische Interessen: Mit der Erhebung der Türkei in den Status eines EU-Beitrittskandidaten im Dezember 1999 wird der Kaukasus zum europäischen Grenzgebiet. Damit hat die Lage im Kaukasus direkte Auswirkungen auf Russland und auch auf die EU. Von daher muss es im vorrangigen Interesse der Europäer liegen, einen Beitrag zur Stabilisierung der Region zu leisten: Geschehen könnte dies über eine weitere Demokratisierung, indem die reformorientierten Kräfte unterstützt werden. Dennoch fehlt bislang eine europäische Gesamtstrategie gegenüber dem Kaukasus, obwohl die EU mit bislang 1,2 Milliarden Euro enorme Summen in die Region gepumpt hat.

Während UNO, OSZE und Europäische Union an einer friedlichen Lösung der Konflikte im Kaukasus arbeiten, hat die NATO die Beitrittsgesuche von Georgien und Aserbaidschan entgegengenommen und damit die Lage in der Region, ungeachtet der diplomatischen und wirtschaftlichen Anstrengungen, durch die eine stabile Befriedung der Region angestrebt wird, weiter polarisiert. Denn Russland und Iran sehen dadurch ihre Interessen bedroht.

■ **Der Nordkaukasus: Russland verliert die Kontrolle**

In den sieben autonomen Republiken und nationalen Gebieten des Nordkaukasus leben 60 Völker, Völkerschaften und Stämme mit eigenen Sprachen und Dialekten. Sie gehören zu verschiedenen Sprachfamilien: der indo-europäischen, kaukasischen und türkischen. Hinzu kommen unterschiedliche Religionen, vor allem Islam und Christentum sowie mannigfache Sitten und Gebräuche, die die nicht-homogene Entwicklung dieser Region unterstreichen. Bei vielen russischen Politologen wird dieses farbige und vielschichtige Mosaik als Bestätigung dafür herangezogen, dass der Nordkaukasus ohne Moskaus starke und ordnende Hand nicht lebensfähig sei.

Erschwerend kommt jedoch hinzu, dass der Nordkaukasus über keine nennenswerten Rohstoffvorkommen verfügt und daher auf die Zuschüsse der Moskauer Zentrale angewiesen ist. Zudem konnten sich die demokratischen Strukturen im Nordkaukasus noch weit weniger etablieren als im übrigen Russland.

Zurückzuführen ist dieses Phänomen auf den starken Einfluss der Clans, also der traditionellen Stammesverbände, auf die regionale und kommunale Politik. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die Verbreitung der islamischen Gesetzgebung und der islamischen Traditionen im Alltag. Finanzielle und moralische Unterstützung erhalten diese islamischen Gruppen aus dem Ausland, insbesondere aus Saudi-Arabien, Kuwait, den Arabischen Emiraten und Pakistan. Aktiv gefördert werden sie außerdem von der islamischen Diaspora in Europa, von islamischen Stiftungen und Wohltätigkeitsorganisationen. Eine oft unterschätzte Rolle spielen ferner islamistische Kreise der Türkei. Den Preis für diese Entwicklung zahlen in erster Linie die Protagonisten einer säkula-

ren gesellschaftlichen Entwicklung. Denn die islamistischen Gruppen halten von einer friedlichen Konfliktbeilegung wenig und sind grundsätzlich bereit, die Idee des „Gottesstaates“ auch mit bewaffnetem Aufstand und Terror durchzusetzen: Als Erstes werden die als liberal geltenden religiösen Gegner ausgeschaltet. Als Beispiel sei an dieser Stelle die Ermordung des Mufti von Dagestan angeführt, der zuvor mehrere Attentatsversuche überlebt hatte. Ihm wurde vorgeworfen, dass er sich offen gegen die sogenannten Wahabiten gestellt habe. Ein ähnliches Schicksal erleiden andere islamische Geistliche, die sich gegen die fremde, aus Saudi-Arabien importierte radikale Prägung des Islam aussprechen.

Dabei verläuft die Trennungslinie im Nordkaukasus nicht nur zwischen Anhängern einer zivilen und einer islamistischen Gesellschaft. Hinzu kommen Konflikte sozialer Natur und eine ethnische Polarisierung der Gesellschaft in nordkaukasische Völker einerseits und Russen andererseits. Denn die Russen gelten vielen „Einheimischen“ nach wie vor als Fremdkörper. In Bezug auf die EU bleiben zentrale Fragen unbeantwortet: Wie können die auch Europa gefährdenden innen- und außenpolitischen Krisenherde dauerhaft eingedämmt werden? Wie kann der Graben zwischen der russischen Bevölkerung und den einheimischen Völkern überbrückt werden?

Da Moskau wegen seines chronischen Geldmangels keine staatlichen Investitionen in den armen Nordkaukasus lenken kann, muss die Zentrale auf altbewährte Herrschaftsmethoden zurückgreifen: Den Politikern im Kreml ist es einerlei, wer in der Region die Macht übernimmt und wie er von ihr Gebrauch macht, solange er sich Moskau gegenüber loyal verhält. Dies schließt die Bekämpfung aller separatistischen Tendenzen vor Ort ein. Jede Veränderung der Machtverhältnisse hat militärische Auseinandersetzungen zwischen den mächtigen Familienclans zur Folge, denn nur sie können kleine Privatarmeen unterhalten. Deshalb ist es kein Zufall, dass in der Region Morde an Politikern an der Tagesordnung sind. Zur Zeit sorgt nur die enge Verbindung der Regierenden mit Vertretern der Schattenwirtschaft und der organisierten Kriminalität für eine gewisse Stabilität in den Autonomen Republiken im Nordkaukasus.

Tschetschenien: Die Gründung des ersten islamischen „Gottesstaates“ in Europa scheitert

Der Kampf für die Unabhängigkeit Tschetscheniens, der 1990/1991 begann, wurde vor dem Hintergrund unterschiedlicher Interessenlagen nicht vom ganzen tschetschenischen Volk unterstützt. Auch andere nordkaukasische Völker beobachteten die politische Entwicklung in Grosny mit Misstrauen. Zwar rief der russische Vernichtungskrieg im Nordkaukasus Mitleid mit den tschetschenischen Flüchtlingen hervor, zu weiter reichenden Solidaritätsaktionen oder gar militärischem Eingreifen waren die Nachbarvölker jedoch nicht bereit. Gleichzeitig wehrten sie Versuche der Tschetschenen erfolgreich ab, sie in den Krieg gegen Russland hineinzuziehen. Obwohl die Tschetschenen Russland 1996 schließlich besiegten, bleibt die Entwicklung Tschetscheniens exemplarisch für die ganze Region: Es fehlte an einer politischen Elite, die fähig gewesen wäre, ein unabhängiges Staatswesen aufzubauen.

Die Isolierung der politischen Machthaber in Grosny begann, als sie das Land lokalen kriminellen Potentaten überlassen mussten. Denn sie selbst waren wegen der fehlenden Staatsgewalt nicht in der Lage, ihren Herrschaftsanspruch in ganz Tschetschenien durchzusetzen. Die Einführung der islamischen Gesetzgebung und die Proklamation der Islamischen Republik Itschkeria beschleunigten die Zerstörung der ohnehin kaum funktionierenden staatlichen Institutionen. Als nächstes Ziel hatten die tschetschenischen Krieger den Export des islamischen Gottesstaates in den Nordkaukasus auf ihre Fahnen geschrieben: „Wir bekämpfen den Kreuzzug, den Christentum und Judentum gegen den Islam führen.“ Damit lieferten sie eine Neuinterpretation des „Heiligen Krieges“, die einen wichtigen Hinweis liefert für eine direkte Verbindung zu den Taliban und zu arabischen islamischen Fundamentalisten. So nimmt es nicht Wunder, dass die Islamische Republik Itschkeria nur von einem Staat der Welt anerkannt wurde: von den Taliban in Afghanistan.

Die blutigen Terroranschläge in Russland und der Versuch des tschetschenischen Warlords Schamil Basajew, auch in Dagestan einen Gottesstaat zu gründen, provozierten schließlich im September 1999 den

zweiten Tschetschenien-Krieg. Unter dem Motto der „Bekämpfung des Terrorismus“ verfolgte die in Moskau herrschende politische Elite mit diesem erneuten Feldzug mehrere Ziele gleichzeitig: Zunächst gelang es ihr, während des Wahlkampfes vor den Wahlen zur Staatsduma politisches Profil zu gewinnen und damit ihre Macht zu festigen. Außerdem bekamen Verteidigungsministerium und Rüstungsindustrie ihre sehnlichst herbeigewünschte zweite Chance, um sich für ihre „Erniedrigung“ aus dem ersten Tschetschenien-Krieg zu revanchieren. Für die Führung der russischen Armee bedeutet deshalb der jüngst errungene Sieg eine ungeheure Aufwertung. Mindestens ebenso wichtig war aber, dass der Kreml mit der Zerstörung Grosnys ein unübersehbares Zeichen im Nordkaukasus setzte. Die russische Zentralmacht hatte allen potenziellen Separatisten eindringlich vor Augen geführt, womit sie im Falle eines Aufstandes zu rechnen hätten.

Dennoch ist nicht sicher, ob Moskau mit diesem neuerlichen Kurs der Härte langfristig die richtige Strategie eingeschlagen hat: Denn die Geschichte des Zerfalls der Sowjetunion infolge einer repressiven Politik gegenüber den Nationalbewegungen hat gezeigt, dass eine vermeintliche Politik der Stärke und der Machtdemonstration langfristig auch scheitern kann. Insofern legt die bisherige Entwicklung den Schluss nahe, dass in dem Maße, in dem die Völker im Nordkaukasus unterdrückt werden, auch die antirusischen Ressentiments weiter zunehmen werden.

Mit der militärischen Niederlage Tschetscheniens gegen Russland erreichte der Konflikt eine neue Stufe: An die Stelle des Partisanen-Krieges treten zunehmend Terroranschläge, die gezielt auch gegen russische Einrichtungen im Ausland geführt werden. Eine Lehre aus dem 11. September ist, dass ein gezielter Präventivschlag potenzielle Terrorakte dann erfolgreich bekämpfen kann, wenn damit die Quelle der Bedrohung beseitigt wird.

■ **Der Transkaukasus: Ein Ende der innenpolitischen Destabilisierung ist nicht in Sicht**

Bereits vor dem offiziellen Ende der Sowjetunion waren aus den ehemaligen Sowjetrepubliken Armenien, Aserbaidschan und Georgien unabhängige

Staaten hervorgegangen. Infolge ihrer neuen staatlichen Souveränität brachen bislang ungelöste Nationalitätenkonflikte hervor, die zusammen mit den dramatischen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Transformationsprozesses alle drei Staaten in einer permanenten Krisensituation gefangen halten. Die frei gewählten Parlamente in Armenien und Georgien entschieden sich für die Einführung von Präsidentsystemen. Als Kandidaten traten die Persönlichkeiten an, die schon vor den Wahlen die politische Macht innehatten: Lewon Ter-Petrosjan in Armenien sowie Swiad Gamsachurdia und nach ihm Eduard Schewardnadse in Georgien. Festzuhalten bleibt also, dass sie durch freie und demokratische Wahlen in ihre Ämter gelangten.

Anders verlief die Entwicklung in Aserbaidschan: Dort putschte sich ein führender Volksfront-Vertreter, Abulfas Elcibey, an die Macht, d.h. es fanden keine freien Wahlen statt. Auf die gleiche Weise gelangte der heutige Präsident Heidar Aliew in sein Amt. Gewaltsam wurde auch der georgische Präsident Swiad Gamsachurdia gestürzt, mit durchaus dramatischen Konsequenzen für sein Land: Georgien wurde von einem Bürgerkrieg erschüttert, der schließlich Eduard Schewardnadse an die politische Spitze seiner Heimat zurückführte. Gleichwohl konnte er es erst drei Jahre später – im November 1995 – wagen, freie Wahlen abzuhalten und sich rechtmäßig zum Präsidenten wählen zu lassen. Die Armenier ersparten sich nur deshalb einen Putsch, weil Präsident Lewon Ter-Petrosjan rechtzeitig dem Druck seiner Regierung nachgab und zurücktrat. Anlass für die „Palastrevolte“ war seine Kompromissbereitschaft in Bezug auf Berg-Karabach, das er ohne internationale Sicherheitsgarantien sich selbst überlassen wollte. Dennoch blieb auch Armenien nicht von Terrorakten verschont: Im Parlament wurde am 27. Oktober 1999 fast die ganze politische Führung des Landes ausgelöscht. Unter den Ermordeten befanden sich die beiden einflussreichsten Politiker Armeniens, Ministerpräsident Wasgen Sarkisjan und Parlamentspräsident Karen Demirtschjan.

Gewaltsam herbeigeführte Machtwechsel, Terrorakte, Regierungskorruption und Wahlmanipulationen legen einer Demokratisierung der drei Länder schwere Hindernisse in den Weg. Es gibt jedoch auch

positive Anzeichen: Ein Mehrparteiensystem konnte sich etablieren, und zumindest in Armenien und in Georgien wurden Pressefreiheit sowie freie und gleiche Wahlen realisiert. Letztere Faktoren sind entscheidend für den weiteren Aufbau einer Demokratie im Transkaukasus, zumal eine wirtschaftliche Erholung, mit der die Bürger die Demokratie positiv verbinden könnten, in weiter Ferne liegt. In Aserbaidschan wiederum wird der autokratisch herrschende Präsident als Garant für die Stabilität des Landes betrachtet. Seine Machtvollkommenheit nützt vor allem dem erhofften Ölgeschäft. Hinzu kommt, dass Alievs unumschränkte Stellung auch international gestützt wird, um den Karabach-Konflikt einer Lösung zuzuführen. Das gleiche gilt übrigens auch für die Position Schewardnades in Bezug auf Abchasien.

Festzuhalten bleibt an dieser Stelle, dass die in allen drei transkaukasischen Staaten verankerten Präsidialsysteme einer innenpolitischen Stabilisierung der Länder zugute kamen: Eine Wiederholung des Chaos, das in Georgien vor Schewardnadse und in Aserbaidschan vor Aliew herrschte, konnte so vermieden werden. Da der „Normalbürger“ Demokratie ohnehin mit Krieg, Armut und Arbeitslosigkeit verbindet, fügt er sich in sein Schicksal und träumt von der vermeintlichen Stabilität unter diesen KP-Chefs in der Sowjetunion. Den meisten Bürgern dürfte mehr oder weniger bewusst sein, dass diese „Retter der Nation“ ihre Länder auch nicht aus der Wirtschaftskrise führen können und sie noch viele Jahre ohne soziale Sicherheit werden leben müssen. So zeigt die Massenemigration aus Armenien und Aserbaidschan recht deutlich, dass die Menschen für sich in ihrer angestammten Heimat keine Perspektive zu erkennen vermögen. Hinzu kommen in allen drei Staaten Flüchtlingsprobleme und fehlende Investitionen, die einen Wirtschaftsaufbau verhindern und die Frustrationen bei den Zurückgebliebenen verstärken. Inzwischen zeigt selbst der für den Kaukasus so typische familiäre Zusammenhalt Risse. Die Bildungssysteme erhalten kaum noch staatliche Finanzmittel. Interessant ist allerdings in Anbetracht der allgemeinen Krise, dass die Frage, ob die nationale Unabhängigkeit wirklich von Nutzen ist, kaum gestellt wird.

Insgesamt gilt, dass die Konflikte, mit denen die Gesellschaften der drei transkaukasischen Republi-

ken konfrontiert werden, durchaus ähnlich sind: Bei allen Krisenszenarien, die zu regionalen Kriegen führten – sei es Tschetschenien, Berg-Karabach, Abchasien oder Südossetien –, handelt es sich um Nationalitäten-Konflikte, die jedoch individuell sehr unterschiedlich gelagert sind. Dies setzt individuelle Lösungsansätze voraus. Leider wird diese Tatsache von den internationalen Organisationen (UNO, OSZE, EU) nicht ausreichend berücksichtigt. So hat es Jahre gebraucht, bis die vom Konflikt betroffenen Minderheiten als Konfliktpartei zu den Verhandlungen zugelassen wurden.

■ **Islam und Christentum:
Ein von Extremisten provozierter
Religionskrieg findet noch nicht
statt**

Obwohl die beiden christlichen Völker im Transkaukasus – Armenier und Georgier – verschiedenen Konfessionen angehören, haben sie sich unabhängig voneinander für einen Prozess der Re-Christianisierung entschieden. Erschwert wird diese Entwicklung jedoch einerseits durch die permanenten Interventionen von Seiten der Politik, andererseits durch gravierende Konflikte innerhalb des Klerus.

Die armenisch-apostolische Kirche gehört nicht zu den großen und reichen Mitgliedern der Ökumene. Immerhin verfügt sie als älteste Nationalkirche – bereits im Jahr 301 hatten die Armenier das Christentum als Staatsreligion anerkannt – über einigen Einfluss. Neben ihren traditionell engen Kontakten zu den alten orientalischen Kirchen unterhalten die Armenier gute Beziehungen zu den orthodoxen Kirchen, zum Vatikan und zu den Protestanten. Bei der islamischen Welt, gleichermaßen bei Sunniten wie Schiiten, verfügt die armenische Kirche ebenfalls über großes Ansehen. Die politische Entwicklung in der konfliktgeladenen Atmosphäre im Transkaukasus und im Nahen Osten lässt die Bedeutung der Kirche in ihrer Vorreiterrolle für Ökumene und interreligiösen Dialog heutzutage nur noch wachsen. Obwohl das armenische Volk nach dem Völkermord an den Armeniern in der Türkei im Jahr 1915 über den ganzen Erdball verstreut ist, blieb der gemeinsame christliche Glaube das zentrale Bindeglied. Er verbindet die in der Diaspora lebenden Armenier mit ihrer

Heimat, denn der Sitz des Katholikos, ihres religiösen Oberhauptes, der Heilige Stuhl von Etschmiadsin, liegt nahe der armenischen Hauptstadt Jerewan.

Allerdings gelang es der Kirche erst nach der Unabhängigkeit Armeniens, in ihre angestammte Rolle als nationales Bindeglied zwischen Diaspora und Heimat hineinzuwachsen. Dass sich die armenischen Politiker diesen Umstand zunutze machen und sich in innerkirchliche Angelegenheiten einzumischen suchen, liegt ebenfalls in der Logik der Sache angesichts der nationalen Bedeutung der armenischen Staatskirche. Insbesondere bei den Katholikos-Wahlen 1995 und 1999 bemühten sich die Regierungen, die Kirche unter ihre Kontrolle zu bringen

Die georgische Kirche ist in der Ökumene nicht aktiv vertreten. Vielmehr ist für die Georgier die orthodoxe Kirche seit jeher ein wichtiger Pfeiler ihrer nationalen und kulturellen Identität. So war es ein offenes Geheimnis, dass Ex-Präsident Gamsachurdia unter dem Deckmantel der proklamierten engen und freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen weltlicher und geistlicher Macht de facto die Oberhoheit über die georgische Kirche anstrebte. Als Anthroposoph und Esoteriker wollte er Georgien in einen „anthroposophischen Staat“ verwandeln und damit seiner wahren Mission als „geistigen Lehrer der Menschheit und Hauptüberbringer der Spiritualität“ zuführen. Der Präsident verwies auf den Schutzpatron Georgiens, den Heiligen Georg, um seine These vom „militanten georgischen Christentum“ zu untermauern.

Im Gegensatz zu diesem kämpferischen Sendungsbewusstsein betonte Patriarch Ilia II. die christliche Nächstenliebe und die Notwendigkeit eines friedlichen Zusammenlebens der Völker. Nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten gegen Osseten und Abchasen hatte er als einziger den Mut, sie offen „Brüder“ zu nennen. Zu den wichtigen aktuellen Aufgaben der Kirche zählt heute die erneute „Bekehrung des Volkes zum Glauben und die Wiederbelebung der christlichen Traditionen“. Zumindest ideelle Unterstützung für seine Bemühungen findet der Patriarch bei der amtierenden Regierung, die an einem guten Einvernehmen mit dem religiösen Oberhaupt der Georgier interessiert ist. Dessenungeachtet verpflichtete Ilia II. die Priester zu einer gewissen Di-

stanz gegenüber der Politik: So untersagte es die Heilige Synode der georgisch-orthodoxen Kirche ihren Priestern, einer politischen Organisation oder Partei beizutreten. Im Unterschied zu anderen orthodoxen Kirchen will die georgische kein Träger irgendeiner staatlichen Ideologie sein.

Komplizierter stellt sich die religiöse Ausgangslage in Aserbaidtschan dar, wo die Bevölkerung dem Islam schiitischer Ausrichtung angehört. Genauso wie in Armenien und Georgien unterhält auch hier die Regierung enge Kontakte zu dem Oberhaupt der aserbaidtschanischen Moslems, Pascha-sade. Dieser hat jedoch eine ungleich schwierigere diplomatische Aufgabe zu bewältigen als seine christlichen Kollegen: Denn er darf dem kulturell-politischen und militärischen Bündnis mit der mehrheitlich sunnitisch geprägten Türkei nicht im Wege stehen. Gleichwohl hat er zu berücksichtigen, dass das schiitische Aserbaidtschan an die Islamische Republik Iran grenzt, in dem die Schiiten das Sagen haben. Um eine religiöse Einflussnahme aus dem Iran zu verhindern, die letztlich in die gefürchtete politische münden könnte, verbietet Baku religiöse Kontakte nach Teheran. Islamische Parteien sind in Aserbaidtschan verboten, schließlich könnten sie aus dem Iran fern gesteuert werden. Da nur eine Minderheit der Bevölkerung die Unterschiede zwischen Sunniten und Schiiten wirklich kennt, realisiert sie nicht, dass das Land auf Grund der forcierten religiösen Ausbildung seiner Geistlichen in den arabischen Staaten und in der Türkei langsam sunnitisch wird.

Im Unterschied zum Nordkaukasus unterliegt das Alltagsleben in Aserbaidtschan bislang keiner Islamisierung. Zurückzuführen ist dies auf die konsequent laizistische Politik des ehemaligen Politbüromitglieds und heutigen Staatspräsidenten Heidar Aliew. Dennoch bleibt die innenpolitische Lage kritisch: Denn die Korruption blüht in Baku, und sie geht einher mit einer Pauperisierung weiter Bevölkerungsteile. Es kann also nicht ausgeschlossen werden, dass in Aserbaidtschan langsam ein fruchtbarer Boden für die sozialen Parolen der Schiiten entsteht. Eine „islamische Revolution“ nach dem Vorbild des Iran liegt also durchaus im Bereich des Möglichen. Hinzu kommt, dass die Vertreter des aserbaidtschanischen Islams auf internationaler Ebene dafür eingetreten sind, den ar-

menisch-aserbaidshischen Konflikt zu einem Religionskrieg zwischen Islam und Christentum hochzustilisieren: Sie baten die islamische Staatenwelt und islamische internationale Organisationen um Unterstützung. Selbst „Mudschaheddin“ aus Afghanistan wurden rekrutiert, damit sie in Berg-Karabach ihren „Heiligen Krieg“ führen konnten. Bislang verhindern nur die traditionell guten Kontakte der armenisch-apostolischen Kirche in die islamische Welt einen Dschihad gegen die im Kaukasus beheimateten Christen.

Der aggressive Export des „Wahabismus“ in den Nordkaukasus zeigt, dass auch Aserbaidshan von dieser Entwicklung nicht verschont bleiben wird. Es ist kein Zufall, dass sich die tschetschenische Führung im August 1999 nach der „Befreiung Dagestans“ der „Befreiung Berg-Karabachs“ verschrieben hat. Gleichzeitig boten sich die Tschetschenen Aserbaidshan als zukünftige islamische Verbündete gegen die christlichen Armenier an. Mit diesem Angebot trugen sie zudem in nicht unerheblichem Maße zur Radikalisierung der innenpolitischen Lage in Aserbaidshan bei. Ein Religionskrieg im Kaukasus-Gebiet rückte in den Bereich des Möglichen. Allerdings bekam die aserbaidshische Regierung nach dem 11. September 2001 zusehends kalte Füße: Sie schloss das Büro der international agierenden radikal-islamistischen Organisation Hazb-at-Tahrir, die beschuldigt wird, einen Anschlag auf die US-Botschaft in Baku vorbereitet zu haben.

Mit Ausnahme des tschetschenisch-russischen Krieges ist kein anderer Konflikt der Region religiös motiviert. Selbst im Falle Tschetscheniens kam der Faktor Dschihad erst sehr spät ins Spiel. Aber auch er kann die eigentliche Ursache des Krieges – die Befreiung von Russland – nicht zurückdrängen. Bemerkenswert ist, dass die sogenannten christlichen Konfliktparteien – Armenien, Georgien, und Russland – weder Unterstützung in der „christlichen“ Welt suchen noch Hoffnung bestünde, dass sie sie erhalten würden, während die sogenannten islamischen Konfliktparteien – Aserbaidshan, Tschetschenien und Abchasien – die islamische Welt um militärischen Beistand bitten und ihn auch erhalten. Gleichwohl bleibt richtig, dass die guten politischen Beziehungen, die Georgien zur Türkei unterhält, ebenso wie die-

jenigen Aserbaidschans und Armeniens zum Iran und zur arabischen Welt, einen staatlich initiierten „Religionskrieg“ verhindern werden.

■ **Geringe Chancen für einen Sicherheitspakt im Transkaukasus**

Die Idee eines „gemeinsamen kaukasischen Hauses“ wurde bereits in der Phase des Zerfalls der Sowjetunion diskutiert. Die Dissidenten, vor allem aus Armenien und Georgien, glaubten, gemeinsam leichter die Sowjetunion verlassen zu können. Ohne Erfolg. Zu unterschiedlich waren die Ziele der Volksbewegungen in allen drei transkaukasischen Sowjetrepubliken: Während die Armenier für das Selbstbestimmungsrecht ihrer Landsleute in Berg-Karabach und gegen die Sowjetunion kämpften, waren die Aserbaidschaner mit umgekehrtem Ziel am Fortbestand der Sowjetunion interessiert, um den autonomen Bezirk Berg-Karabach weiter kontrollieren zu können. Und die Georgier kämpften mit militärischen Mitteln gegen das Selbstbestimmungsrecht ihrer Minderheiten.

Seit 1994 griff Präsident Schewardnadse das Konzept der kaukasischen regionalen Kooperation wieder auf, indem er einen „friedlichen Kaukasus“ forderte. Aserbaidschan begrüßte den Vorschlag, da sein wichtigster Partner, die Türkei, nach diesem Konzept eine führende Rolle in der Region hätte übernehmen sollen. Armenien stand diesem Vorschlag ebenfalls positiv gegenüber, allerdings unter der Bedingung, dass neben Russland auch der Iran als Regionalmacht einbezogen werden sollte. Unüberbrückbare Interessengegensätze führten schließlich dazu, dass alle Konzepte für einen „regionalen Sicherheitspakt“ scheiterten: Tiflis und Baku plädierten für eine „regionale Achse“. Als Mitglieder sollten neben Aserbaidschan und Georgien auch Armenien, die Türkei und die USA dabei sein. Im Gegenzug forderte der armenische Präsident Kotscharjan die Bildung eines Sicherheitspaktes, in dem neben den Nachbarrepubliken die USA, Russland und der Iran vertreten sein sollten. Dieses Mal waren Baku und Tiflis dagegen. Damit scheiterten bislang alle Versuche, ein gemeinsames Friedenskonzept für die Region auszuarbeiten.

■ **Der Kaukasus als Konfliktfeld zwischen NATO und Russland**

Der Tschetschenien-Konflikt im russischen Nordkaukasus ebenso wie die Konfliktherde im Transkaukasus – also in Abchasien, Berg-Karabach und Südossetien – bleiben wegen der immanenten Gefahr einer direkten militärischen Konfrontation zwischen den involvierten Staaten auf der politischen Agenda. Obwohl in Berg-Karabach und in Abchasien die Waffen seit 1994 schweigen, vermochten die eingeschalteten internationalen Organisationen keine friedliche Lösung der regionalen Krisen herbeizuführen. Wie sehr sich UNO und OSZE auch um eine Aussöhnung der Konfliktparteien bemüht, alle bisherigen Versuche scheiterten an den divergierenden nationalen Interessen der beteiligten Staaten. Die konkurrierenden Interessen der Großmächte USA und Russland sowie der um eine Erweiterung ihrer regionalen Einflusssphären streitenden Mittelmächte Iran und Türkei führten zur Bildung von Achsen. Auf der einen Seite befinden sich Aserbaidschan, Georgien, die Türkei, Israel und die USA, auf der anderen Seite stehen Armenien, Griechenland, Iran und Russland. Diese Entwicklung ist für die Zuspitzung der Lage in der Region verantwortlich und verhindert eine Eindämmung der Konflikte. Dabei räumt Washington den Interessen der mächtigen Ölkonzerne häufig Vorrang ein vor der Beachtung demokratischer Werte, deren Einhaltung von der US-Administration auf internationaler Ebene gleichwohl proklamiert und je nach Opportunität auch eingefordert wird. Diese Doppelgleisigkeit der „Realpolitik“ bewirkte nicht nur bei den politischen Eliten im Transkaukasus eine skeptische und zynische Beurteilung der westlichen Demokratien, sondern verunsichert auch die Bevölkerungen dieser Staaten zutiefst. Inzwischen hat jeder in der Region begriffen, worum es eigentlich geht: Es findet ein offener Machtkampf zwischen Russland und den USA um die strategischen Ressourcen in Zentralasien statt, wobei dem Kaukasus als Brücke nach Europa eine Schlüsselrolle zukommt. Zudem versucht Washington gezielt, den Iran in der Region zu isolieren. Demokratische Werte haben in diesem Spiel allenfalls eine taktische Bedeutung. Die Situation wird durch den Umstand kompliziert, dass

sich der Kaukasus in Zukunft zu einem ernst zu nehmenden Konfliktfeld zwischen der EU und den USA entwickeln könnte, da beide als Konkurrenten im Kampf um die Ressourcen der Region auftreten. In diesem Zusammenhang muss die Rolle der Atlantischen Allianz geklärt und die Frage beantwortet werden, wessen wirtschaftliche Interessen sie in der Region gegebenenfalls zu verteidigen gedenkt.

Bislang leistet die russische Militärpräsenz in Armenien, die von Teheran grundsätzlich begrüßt wird, einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Transkaukasus. Denn sie schafft ein Gegengewicht zu den politischen Ambitionen der Türkei, die so vorerst auf eine Führungsrolle in der Region verzichten muss. Zudem erschwert Moskau mit seiner Allgegenwart eine Annäherung von Georgien und Aserbaidschan an die NATO: Während Tiflis einen NATO-Beitritt vorwiegend aus wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gründen wünscht, um die russische Dominanz zu neutralisieren, hat Baku andersgeartete Motive. Das autoritäre Regime zeigt kaum Interesse an der NATO als einer Werte-Gemeinschaft. Vielmehr geht es Präsident Aliew darum, dass die Atlantische Allianz den Karabach-Konflikt im Sinne Aserbaidschans löst. Sollte sich die NATO jedoch auf diesen Weg führen lassen, würde sie einen Zeitzünder in Gang setzen, der die Gemeinschaft zerstören könnte. Denn der westlichen Öffentlichkeit müsste erst einmal erklärt werden, warum die NATO im Kosovo die Rechte der albanischen Minderheit gegenüber Belgrad verteidigt hat, während sie im Fall von Berg-Karabach genau das Umgekehrte zu tun beabsichtigt.

Bereits heute ist es offensichtlich, dass mit dem Erscheinen der NATO als neuem regionalen Akteur im Transkaukasus das Misstrauen Russlands geweckt worden ist: Seit dem Amtsantritt Präsident Putins lastet ein enormer militärischer und politischer Druck auf Georgien. Wenn die NATO Russland weiterhin als Gegner betrachtet und nicht gleichberechtigt in die Konfliktlösung einbindet, wird sich die Haltung Moskaus weiter verhärten. Außerdem erleichtert es der Westen dem Kreml so, der russischen Öffentlichkeit zu erklären, dass der Kaukasus gegen die „Aggression der NATO“ auf jeden Fall „verteidigt“ werden muss. Von daher legt auch die Analyse der

sicherheitspolitischen Dimension nahe, die Europäische Union mit dem Krisenmanagement zu befassen und nicht die NATO, vorausgesetzt, man ist an einer friedlichen Zukunft der ganzen Region interessiert. Bereits heute versetzt die Gründung von US-Militärbasen in Zentralasien den Kreml in Alarmstimmung: Avisiert sind Basen in Usbekistan, in Kirgisien und Tadschikistan. Sie sollen nach dem Ende des Afghanistan-Krieges für eine amerikanische Präsenz in der Region sorgen. Da Russland jedoch seinen Einfluss in beiden Regionen, also in Zentralasien ebenso wie im Kaukasus, allein durch seine militärische Präsenz untermauern will, ist ein potenzieller Konflikt vorprogrammiert. Was passiert, wenn die Staaten, in denen bislang russische Truppen stationiert sind, Moskau ihre Unterstützung verweigern?

■ **Die USA engagieren sich gegen Russland und den Iran im Kaukasus – die EU spielt nicht mit**

Nachdem Washington 1996 den Kaukasus als ein Gebiet definiert hatte, in dem „lebenswichtige Interessen der USA“ berührt werden, bemüht sich Moskau um eine Festigung seiner Position in der Region. Bislang erfolglos. Denn Georgien und Aserbaidschan wenden sich sogleich den USA zu, da sie davon überzeugt sind, dass Moskau ihre Gegner – Abchasien und Armenien / Berg-Karabach – unterstützt. Um ihre Stellung gegenüber Russland zu stärken, initiierten Georgien und Aserbaidschan die Gründung des erwähnten neuen Bündnisses GUUAM. Ziel dieser Organisation ist die Bekämpfung des „aggressiven Separatismus“. Da die in GUUAM zusammengeschlossenen Staaten innenpolitisch gegen Minderheiten kämpfen, haben sie außenpolitisch ein starkes gemeinsames Interesse: die Bewahrung ihrer staatlichen Integrität. Dementsprechend wollen die GUUAM-Staaten (Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan und Moldawien) auf internationaler Ebene „gemeinsam auftreten“. Zwar dementieren die Präsidenten der Mitgliedstaaten, dass die Organisation militärische Ziele verfolgt, dies entspricht jedoch nicht der Realität. Denn in Geheimabkommen haben sie eine enge militärische Zusammenarbeit zwischen den Verteidigungsministerien und den Geheimdiensten vereinbart. Dass dieses Bündnis Russlands Interessen

berührt, ohne dass Moskau direkt eingreifen könnte, liegt auf der Hand.

Da Russland zudem nicht bereit ist, Abchasien, Südossetien und Berg-Karabach Georgien bzw. Aserbaidschan zu überlassen, nehmen beide Staaten eine harte Haltung gegenüber Moskau ein. Umgekehrt instrumentalisiert Russland diese Konflikte offen für die Durchsetzung seiner militärischen und politischen Interessen in der Region. Als Gegengewicht dazu vereinbarten Tiflis und Baku zuerst eine „strategische Allianz“ und erweiterten sie um die Türkei. Ankara wiederum unterhält bereits eine „strategische Allianz“ mit Israel. Über diese Achse versucht Baku einen möglichst großen Einfluss auf Washington auszuüben: Neben der Öl-Lobby soll die Rüstungs-Lobby (Türkei) und die zionistische Lobby (Israel) die aserbajdschanische Politik unterstützen und die armenische Lobby in den USA neutralisieren. Gleichzeitig startete Baku eine propagandistische Offensive, um die armenisch-iranischen Beziehungen zu dämonisieren und Jerewans Militärkooperation mit Russland zu stören.

Die amerikanischen und türkischen Sicherheitspolitiken verfolgen zwei Hauptziele: Sie wollen Russlands Einfluss in der Region nivellieren bzw. beseitigen, den Iran isolieren und von allen Verhandlungen ausschließen. Unberücksichtigt bleibt dabei, dass die Machtstellung dieser beiden Regionalmächte immer noch groß ist und dass ohne ihre Einbindung kein dauerhafter „Stabilitätspakt“ für die Kaukasusregion verwirklicht werden kann. Auch die Einbeziehung des Kaukasus in den „Südosteuropa-Stabilitätspakt“ ist unrealistisch, da Balkan und Kaukasus nicht nur geographisch weit auseinander liegen, sondern auch die historisch-politischen und kulturellen Traditionen beider Regionen divergieren, so dass eine Zusammenfassung unter einem System wenig sinnvoll erscheint.

Die USA und die Türkei streben danach, ihre Ziele notfalls auch allein durchzusetzen, selbst wenn dies der Region insgesamt schaden sollte. Die Interessen Ankaras sind indessen eindeutig: Präsident Demirel will mit dem „Südosteuropa Stabilitätspakt“ der Türkei die Möglichkeit eröffnen, sowohl im Balkan als auch im Kaukasus eine Vermittlerrolle zu übernehmen. Die Ambitionen der Türkei, die als NATO-

Mitglied und als EU-Beitrittskandidat den Anspruch erhebt, eine führende Rolle im Kaukasus zu übernehmen, beunruhigen neben Armenien und dem Iran auch Griechenland. Deshalb vereinbarten diese drei Staaten die Gründung eines informellen Arbeitskreises, in dessen Rahmen ein reger Meinungsaustausch stattfindet. Dabei besprechen die Teilnehmer nicht nur allgemeinpolitische Probleme, sondern auch Möglichkeiten einer Zusammenarbeit im Bereich der Energieversorgung bis hin zu Absprachen über eine militärische Kooperation.

Hinzu kommt, dass die Kaukasus-Staaten über sehr unterschiedliche Rohstoffvorkommen verfügen. So besitzt Aserbaidschan im Gegensatz zu Armenien und Georgien große Öl- und Gasreserven. Nach Schätzung von Experten kann der Kaspische Raum zwar nicht mit den Energievorkommen im Nahen Osten mithalten, dennoch spielt der Faktor Öl seit 1994 eine politisch nicht zu unterschätzende Rolle. In Baku geben sich alle großen Firmen der Ölbranche die Türklinke in die Hand. Zu den vor Ort vertretenen Konsortien gehören BP, Amoco, Socar, Luköl, Unokal, Texaco, Exxon, Elf, Chevron und Mobil. British Gas, Agip, Shell, Total, zudem Firmen aus Norwegen, Italien, Deutschland und der Türkei. Die Primärenergievorkommen und eine geschickte Politik trugen dazu bei, dass sich die am Ölgeschäft interessierten Staaten mit ihrer durchaus angebrachten Kritik an den politischen Verhältnissen in Aserbaidschan zurückhielten.

Europa ist als weltweit größter Importmarkt für Primärenergie an einer friedlichen Entwicklung in der Region besonders interessiert, zumal die Öl- und Gaslieferungen aus dem Kaspischen Raum größtenteils für die Europäische Union bestimmt sind, nicht für die USA. Die Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist daher ein starkes Motiv für die Erhaltung des Friedens. Denn auf Grund ihrer direkten Nachbarschaft haben die Europäer eine reale Chance, die Region über die wirtschaftliche Entwicklung auch politisch zu stabilisieren. Vor allem jedoch können die Europäer mit einer größeren Glaubwürdigkeit auftreten als die USA, denen es vorrangig darum geht, den Iran zu isolieren. Bereits heute bezieht die EU Russland und den Iran in die Zusammenarbeit ein und grenzt diese Staaten nicht aus. Die Europäer dür-

fen sich deshalb zugute halten, die regionale Zusammenarbeit und Stabilität weitaus mehr gefördert zu haben als Washington, das sich im Kaukasus gerne als Partner anpreist. Die Rolle eines „strategischen Akteurs“ hat die EU also stillschweigend längst übernommen, wenn auch „ohne Strategie“, wie ein hochrangiger EU-Diplomat in einem Gespräch mit dem Autor betonte.

Im Übrigen haben insbesondere die US-Ölgesellschaften mit der Blockadehaltung Washingtons zu kämpfen. Denn die Ölmultis würden aus Kostengründen lieber iranische Pipelines nutzen, um Öl aus Zentralasien zu befördern. Da die Nutzung dieser Route politisch jedoch nicht durchgesetzt werden konnte, ist Chevron beispielsweise abhängig von russischen Transitwegen. Washington setzt zudem verstärkt auf den Transport des Öls über georgisches und türkisches Gebiet (Djeihan), auch wenn diese Route für die Ölgesellschaften unrentabel ist.

■ Zusammenfassung

Wie die Analyse gezeigt hat, gehören die ungelösten Nationalitätenkonflikte zu den Kernproblemen im Kaukasus. Die gesamte Region ist davon betroffen und deshalb sollten sich westliche Regierungen genau überlegen, ob und in welchem Kontext sie das Thema Menschenrechte aufgreifen wollen. Denn wenn sie es tun, wofür gute Gründe sprechen, sollte dies nie selektiv bzw. einseitig geschehen. Effektiver und überzeugender ist es in jedem Fall, sich glasklar und unmissverständlich für die Durchsetzung und Einhaltung von Minderheitenrechten einzusetzen. Angesichts der „Balkan-Erfahrungen“ sollte sich die Europäische Union aus wohlverstandenen Eigeninteresse für einen Friedensprozess im Kaukasus engagieren. Auch wenn ihre Kapazitäten begrenzt sind, gibt es zu dieser Politik langfristig keine Alternative.

Konkret bedeutet dies, dass die Europäische Union die regionale Kooperation unterstützen sollte, und zwar direkt und nicht durch einen selbsternannten Vermittler wie die Türkei. Denn Ankara wird in dieser Rolle nicht von allen Ländern der Region akzeptiert. Außerdem sollte kein Staat bevorzugt von der EU unterstützt werden. Einheitliches Kriterium für materielle wie immaterielle Zuwendungen sollten nachweisbare Erfolge im Demokratisierungsprozess

sein. Vertrauensbildende Maßnahmen, die die EU zwischen Georgien und Abchasien initiiert hat, könnten auch auf Armenien und Aserbaidschan ausgedehnt werden.

Oberstes Gebot sollte bei allen Aktionen der EU eine größtmögliche „Neutralität“ sein, d.h. Erfolge dürften sich am ehesten dann einstellen, wenn sich die Europäer nicht als Vertreter der politischen und wirtschaftlichen Interessen der USA oder der Türkei instrumentalisieren lassen. Auch wäre es fatal, Russland oder den Iran zu dämonisieren, denn ohne diese beiden Länder wird es keine Stabilität im Kaukasus geben. Für die Befriedung der Region ist es unerlässlich, keinen Staat aus dem Prozess der regionalen Kooperation auszuschließen.